

Antrag

öffentlich

Datum

17.04.2019

Nummer

A0109/19

Absender

Fraktion DIE LINKE/future!

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

16.05.2019

Kurztitel

Ausrufung des Klimanotstandes

Unter Berufung auf Art. 20a GG („Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“) ersuchen wir den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg den Klimanotstand auszurufen und bitten um Folgendes:

Der Stadtrat möge beschließen:

- Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg erklärt den Klimanotstand. Und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.
- Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg wird die Auswirkungen auf das Klima, sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei ausnahmslos allen davon betroffenen Rechtsgeschäften und Maßnahmen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Priorität behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg fordert den Oberbürgermeister auf, die Bevölkerung der Landeshauptstadt und der Umlandgemeinden umfassend über den Klimawandel, sowie seine Ursachen und Auswirkungen, sowie über die eingeleiteten Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, zu informieren.
- Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg wirbt aktiv auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels.

Begründung:

Art. 20a GG verpflichtet den Staat - auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung zu schützen und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung umzusetzen. Dieser grundgesetzliche Auftrag wird seit mehr als 40 Jahren augenscheinlich bewusst ignoriert. Seit mehr als 40 Jahren ist der

Klimawandel bekannt, sind seine Auswirkungen beschrieben. Allen Warnungen der Wissenschaft zum Trotz steigen die CO₂-Emissionen und damit die Erderwärmung immer weiter an. Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben uns nur noch 10 Jahre, um die bereits stattfindende Erderwärmung auf + 1,5 Grad zu begrenzen und damit die verheerendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Unsere Zukunft und der Fortbestand unseres Planeten (wie wir ihn kennen) stehen auf dem Spiel. Wir müssen daher JETZT handeln - auf kommunaler Ebene, wie auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene.

Die Ausrufung des Klimanotstandes ist dabei nicht nur ein Bekenntnis zur Zukunft der jungen Generation der Landeshauptstadt Magdeburg, sondern bildet vielmehr die Grundlage um Klimaschutzmaßnahmen in Magdeburg schneller umzusetzen und die dafür benötigten Finanzmittel umzuwidmen.

Setzen sie mit der Ausrufung des Klimanotstandes ein Signal gegen den Klimawandel (= Klimakrise) und für die Menschen unserer Stadt und unser aller Zukunft!

Oliver Müller
Fraktionsvorsitzender

Oliver Wendenkampf
Stadtrat